

KOMMENTAR



Kokospalmen in Europa

VON OTTO HABSBURG

Im 19. Jahrhundert, als die Europäer die Inseln von Mikronesien und Melanesien erforschten, wurde in Schriften mit Staunen über das merkwürdige Verhalten der dortigen Bevölkerung berichtet. Im allgemeinen, so stellte man fest, seien die Menschen mild und friedfertig. Andererseits aber seien sie in gewissen Punkten grausam. Das gelte vor allem für die Behandlung der Alten. Da diese als eine überflüssige Last betrachtet wurden, gab es einmal im Jahr eine Feier, bei der sie gezwungen wurden, eine Kokospalme zu ersteigen. Waren sie oben, wurde der Baum geschüttelt. Waren der oder die Greisin bereits so geschwächt, daß sie sich nicht mehr halten konnten, fielen sie herunter und erschlugen sich. Waren sie kräftig genug, bedeutete das, daß sie noch zur Arbeit verwendet werden konnten, und es wurde ihnen daher ein weiteres Jahr des Lebens geschenkt. Diese Praxis wurde als äußerst barbarisch bezeichnet. Es wurde auch immer wieder betont, daß gerade die Achtung vor dem Alter eine der Charakteristiken einer zivilisierten Gesellschaft sei.

Sieht man sich die heutigen Zustände in dieser Perspektive an, wird man zu der Folgerung kommen, daß wir uns wieder auf dem Weg zurück in die Barbarei befinden. Die Vorgangsweise, die seinerzeit im Stillen Ozean verurteilt wurde, greift in veränderter Form auf uns über.

Äußerst bezeichnend dafür war die Äußerung einer prominenten sozialistischen Dame, Dr. Heidi Schüller, die seinerzeit im letzten deutschen Wahlkampf in der Mannschaft des SPD-Kanzlerkandidaten Scharping tätig war. Dr. Schüller hat gesagt, es wäre an der Zeit, den Alten das aktive Wahlrecht wegzunehmen. Die Idee ist nicht viel weiter gegangen. Die Tatsache aber, daß eine immerhin

nicht unbedeutende Politikerin der zweitgrößten Partei Deutschlands solche Auffassungen äußern konnte, ist bezeichnend. Es ist das nämlich nicht nur die logische Folge der in der deutschen Politik noch immer um sich greifenden Jugendtümelei.

Es ist gleichzeitig auch, bewußt oder unbewußt, Niederschlag jener Angst vor der sich immer mehr verändernden Bevölkerungspyramide. In absehbarer Zeit wird die Belastung der Jungen durch die Pensionisten immer größer werden. Bald wird die Zahl der Alten diejenige der späteren Generationen übersteigen. Daher werden letztere gezwungen sein, mehr als eine weitere Person durch ihre Arbeit zu erhalten.

Jenseits der extremen Äußerungen von Dr. Schüller haben auch wir heute schon Zeichen dieser wachsenden Furcht. Man bemerkt dies im Rahmen der meisten politischen Parteien, zumindest in Deutschland. Immer mehr wird für die Mandatare ein Höchstalter gesetzt. Dabei ist das ein Widerspruch zu dem Konzept der Demokratie. Altersgrenzen sind berechtigt bei Beamten, nicht aber bei Mandataren des Volkes. Hier ist

bezeichnend, daß in Frankreich diesbezüglich eine wesentlich gesündere Auffassung herrscht. Dort sind im Parlament alle Altersschichten vertreten.

Die Politik der Ausgrenzung hat übrigens bereits zur Folge, daß sich Parteien älterer Menschen bilden. Das ist keine gesunde Entwicklung.

Leider muß hier festgestellt werden, daß auch die katholische Kirche nicht mit gutem Beispiel vorangeht. Der Beschluß, daß Kardinäle bei der Papstwahl ab dem 80. Lebensjahr ihr Stimmrecht verlieren, ist bedenklich. Es handelt sich ja hier nicht um irgend einen Glaubenssatz, sondern

um eine relativ neue administrative Verfügung, die offensichtlich nicht den objektiven Gegebenheiten entspricht. Sie ist schon darum nicht logisch, weil das Wahlrecht ein Teil der Funktion ist, diese aber nicht mit einem gewissen Alter aufhört.

Es kommt hinzu, daß die heutige gesetzliche Festsetzung des Pensionsalters wohl Realitäten früherer Zeiten entspricht, derzeit aber ein Anachronismus geworden ist. Die Menschen sind weit gesünder geworden, ihre Lebenserwartung hat sich bedeutend verlängert. Dank der wirkungsvollen modernen Medizin haben ältere Leute viel mehr Kraft. Somit ist der frühere Termin, an dem das Greisenalter beginnt, längst überholt.

Zurückkommend auf die Äußerung von Dr. Heidi Schüller kann man feststellen, daß ihre Auffassung mit dem Begriff der Demokratie unvereinbar ist. Sie zeigt aber gleichzeitig eine geistige Einstellung, die nicht unbedenklich ist. Von einer Demokratie wandeln wir uns nur zu oft in eine Herrschaft der Bürokratie beziehungsweise der parteipolitischen Strukturen. Es ist das nicht zuletzt die Folge des proportionellen Listenwahlrechts, das den Einfluß der Wähler immer mehr beeinträchtigt, nachdem diese nicht bestimmen, wer tatsächlich ihr Vertreter ist. Nur im Persönlichkeitswahlrecht ist es anders.

Daher wäre der Versuch, die Alten auszugrenzen, ein Anlaß, uns einmal ernstlich zu überlegen, ob es nicht wieder an der Zeit wäre, zu den Grundsätzen echter Demokratie zurückzukehren und der Bevölkerung wesentlich mehr Einfluß bei der Auswahl ihrer Mandatare zu geben. Die Parlamente sollten wieder eine echte Volksvertretung und nicht, wie leider oft, ein Apparat der Parteien sein.